

Politik schlichtet am Luftschiffhafen

SPORT Weg frei für Internatsanbau

Von Volkmar Klein

LUFTSCHIFFHAFFEN | In zwei Fällen von Streit zwischen den ansässigen Vereinen des Sportparks Luftschiffhafen und dem Betreiber des Areal, der Luftschiffhafen GmbH (LSH), wird die Stadtpolitik Lösungen schaffen. Zunächst soll der Konflikt um die Betriebskosten der neuen Mehrzweckhalle entschärft werden. Wie berichtet, fordert die LSH 230 000 Euro pro Jahr zusätzlich. Es geht hier vor allem um Kosten, die bei Veranstaltungen entstehen, die nicht dem reinen Sportbetrieb dienen. Es sei eine „Definition des gewerblichen Sports“ nötig, begründete Mike Schubert (SPD) seinen Antrag, die Sportstättennutzungs- und Vergabeordnung zu präzisieren. Dabei solle nicht an dem Grundsatz gerüttelt werden, dass Sportvereine die Anlagen kostenlos nutzen dürften, allerdings müssten zum Beispiel Spon-

sorenveranstaltungen und kommerzielle Events künftig anders gewertet werden.

Eine Mehrheit fand auch der SPD-Antrag, den Pachtvertrag des Olympischen Sportclubs (OSC) zu verändern. In der jetzigen Fassung blockiert der Vertrag den für das Frühjahr geplanten und dringend benötigten Erweiterungsbau des Sportinternats, weil ein Teil des Baufeldes an den OSC verpachtet ist. Die Laufzeit des Pachtvertrages gehe „eigentlich bis 2023“, sagte die Sportbeigeordnete Iris Jana Magdowski (CDU). Sie schließe sich aber der „Rechtsauslegung“ an, dass der Vertrag unbefristet und damit jederzeit kündbar sei.

Nach Magdowskis Darstellung läuft es auf einen Deal hinaus: Der OSC verzichtet auf die Baufläche und bekommt im Gegenzug für die Restfläche die längere Laufzeit. Dadurch erhält der Club die nötige Sicherheit für die Sanierung seines Gebäudes.